

UOKG e.V. - Ruschestr. 103 – 10365 Berlin

Vorsitzender: Rainer Wagner
Ehrenvorsitzende:
Gerhard Finn (†), Horst Schüler
Stellv. Vorsitzende:
Roland Lange
Ernst – O. Schönemann

Bundesgeschäftsstelle:
Ruschestraße 103, Haus 1
D-10365 Berlin
Tel: (030) 55779351
Fax: (030) 55779340

Geschäftszeiten:
Montag bis Freitag
10.00 - 18.00 Uhr

Presseerklärung

Forderungen der UOKG

13. Juni 2014

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft hat am 16. Juni 2014 ihren Forschungsbericht zur Zwangsarbeit in der SBZ/DDR der Öffentlichkeit vorgestellt. Damit ist ein Gesprächsprozess in Gang gesetzt, der zu einer umfassenden Aufarbeitung und Entschädigungen für die politischen Gefangenen führen muss, die Zwangsarbeit geleistet haben.

Die UOKG wird sich in den nächsten Wochen an Vertreter von Wirtschaft, Politik und Aufarbeitung wenden, um Gespräche zu beginnen. Sie sollen zu einem Runden Tisch führen, der zu einer die politischen Häftlinge befriedigenden Lösung führt.

Sieben Forderungen stellen wir in den Mittelpunkt unserer Gespräche:

1. Umfassende Dokumentation über alle Betriebe und ihre Nachfolger, die Zwangsarbeiter eingesetzt haben für alle Haftstätten der SBZ/DDR.
2. Offenlegung der westdeutschen Firmen, die von Zwangsarbeitern profitiert haben, u.a. aus den Unterlagen der Treuhandstelle für Interzonenhandel.
3. Öffentliche Entschuldigung der Firmen und Betriebe, die in Ost- und Westdeutschland von Zwangsarbeit profitiert haben, an die politischen Gefangenen der DDR.
4. Einrichtung einer zentralen Stätte der Dokumentation und Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der SBZ/DDR. Denkbar wäre das leerstehende Gefängnis in Naumburg/Saale. Einrichtung von Gedenktafeln und –orten für Betriebe, in denen die Zwangsarbeit ein besonderes Ausmaß an Unmenschlichkeit erreichte.

5. Bildung eines Fonds unter Beteiligung der nutznießenden östlichen Betriebe und westlichen Firmen oder deren Nachfolgern sowie der Bundesregierung, aus denen Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter geleistet werden können, welche politischer Verfolgung ausgesetzt waren.

6. Entschädigungszahlungen für alle von politischen Zwangsarbeitern erbrachten Leistungen unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen der Zwangsarbeit (Normtreiberei, unmenschliches Strafsystem, künstlich erzeugte Not durch das Vergütungssystem) im Zusammenhang mit einer deutlich verbesserten Ehrenpension.

7. Überprüfung und Neubewertung aller durch Zwangsarbeit bedingten Unfälle, Berufskrankheiten sowie physischen und psychischen Folgeschäden sowie daraus resultierend finanzielle Leistungen und Hilfestellungen zur Bewältigung der Folgen, die auf die speziellen Lebensbedingungen ehemaliger politischer Häftlinge zugeschnitten sind.

Rainer Wagner, Bundesvorsitzender der UOKG